

Demarkierungsarbeit abgehalten werden. Auch soll eine ressortübergreifende, hochrangige Führungsgruppe für die Grenzfestlegungen errichtet werden. (XNA, 18.9.95)

Aus dem an diesen Arbeiten beteiligten Ministerium für Zivilangelegenheiten verlautete, daß die neue Demarkierung notwendig sei "für die wirtschaftliche Entwicklung, soziale Stabilität und die Einheit verschiedener ethnischer Minderheiten in den Grenzregionen". Die Äußerung weist darauf hin, daß es im Grenzbereich zwischen Provinzen und Autonomen Regionen offenbar anhaltende Auseinandersetzungen um die landwirtschaftliche oder sonstige Nutzung der Grenzgebiete gibt.

Besonders problematisch ist die Grenzziehung nach offizieller Einschätzung in Gebieten, wo drei Provinzen zusammenstoßen. Diese Gebiete sind in der chinesischen Geschichte mehrfach wechselnden Gebietskörperschaften zugeschlagen worden und stellten immer wieder eine Art hoheitsfreien Raum dar: Auch die chinesischen Kommunisten machten sich in der Revolutionszeit den Umstand zunutze, daß in Grenz-dreiecken die regionale Ordnungsmacht gewöhnlich weniger konsequent auftrat.

Die Beijinger Führung will nun mit der Festlegung der Grenzlinien dazu beitragen, die Beziehungen zwischen Nachbarprovinzen zu verbessern und die wirtschaftliche Nutzung der Grenzgebiete zu verbessern. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(17)

Vierte Weltfrauenkonferenz

Vom 4.-15. September 1995 fand in Beijing die vierte Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen statt. Etwas zeitversetzt dazu, vom 30.8.-8.9.1995, lief das Frauenforum der Nichtregierungsorganisationen, das sog. NGO-Forum über Frauen '95, in dem ca. 50 km von der Hauptstadt entfernt liegenden Ort Huairou ab. Bei beiden Veranstaltungen handelte es sich um die größten Frauenkonferenzen, die jemals abgehalten wurden. Gemessen an der Teilnehmerzahl, war es die größte internationale Konferenz, die die Vereinten Nationen je organisiert haben. Auch

China hat nie zuvor eine so große internationale Konferenz organisiert. Für die Weltfrauenkonferenz wurde eine Teilnehmerzahl von ca. 17.500 angegeben; davon waren gut 5.300 offizielle Delegierte, gut 3.800 von Nichtregierungsorganisationen und 3.200 von den Medien. Sie vertraten alle 181 UN-Mitgliedstaaten sowie acht weitere Staaten und UN-Organisationen. Ferner waren über 4.000 Journalisten aus 124 Ländern akkreditiert, darunter allein 841 aus China selbst. (XNA, 9.9.95) Das NGO-Forum zählte über 30.000 Teilnehmerinnen aus 185 Ländern und Regionen (XNA, 31.8.95), darunter etwa 5.000 Teilnehmerinnen aus China (XNA, 9.9.95).

China hatte sich 1990 um Beijing als Veranstaltungsort beworben und 1991 den Zuschlag erhalten. Damit erhoffte sich China international großen Prestigegewinn, und so legte die chinesische Seite denn auch allen Ehrgeiz in eine optimale Organisation, um den Erfolg der Konferenz zu sichern. An das chinesische Organisationskomitee wurden höchste Anforderungen gestellt, die es trotz vieler, vor allem in der westlichen Presse betonter, aber bei einer solchen Mammutkonferenz unvermeidlicher Pannen zur Zufriedenheit der Mehrzahl der Teilnehmer bewältigte. In chinesischen Pressemeldungen wurde die in westlichen Medien geäußerte Kritik als unfair und einseitig bezeichnet (vgl. z.B. *Dagong Bao*, Hongkong, 15.9.95, nach SWB, 26.9.95; RMRB, 12.9.95, S.4; *Zhongguo Tongxun She*, Hongkong, 16.9.95, nach SWB, 19.9.95; XNA, 6., 8., 9.9.95); statt dessen wurden mit Genugtuung die positiven Stimmen ausländischer Teilnehmer hervorgehoben (RMRB, 18. u. 19.9.95, S.7).

Den organisatorischen Aufwand mögen einige Zahlen verdeutlichen: Auf dem Beijinger Konferenzgelände im Kongreßzentrum Beijing wurde Konferenzraum für insgesamt 370 Stunden und 122 Sitzungen zur Verfügung gestellt, in Huairou für 4.800 Stunden und 3.200 Workshops. 10.000 Busse wurden für Fahrten zwischen Beijing und Huairou bereitgestellt; 2.400 freiwillige Helfer waren zur Betreuung der Teilnehmer beider Veranstaltungen angeboten, und 7.000 freiwillige Helfer standen für Hilfsdienste außerhalb des eigentlichen Kongresses zur Verfügung. Für 40 ausländische Journalistengruppen wurden 29 Interviews außerhalb der Weltfrauenkonferenz organisiert. Auf der Konferenz selbst wurden Fazilitäten

für 21 Pressekonferenzen verschiedener Delegationen geschaffen, und das Rundfunk- und Fernsehzentrum der Konferenz stellte Übertragungskapazität für 10.415 Minuten bereit. Nicht zuletzt wurden fast eine halbe Million Kopien an Hintergrundmaterial verteilt. (XNA, 8.9.95) Darüber hinaus mußte China eine komplette Kommunikationsinfrastruktur schaffen, die während der Konferenz über Internet und E-mail die Kommunikation mit Menschen in aller Welt ermöglichte. Für diese Zwecke waren allein im Pressezentrum des NGO-Forums 240 Computer aufgestellt. Zudem wurde das Telefonnetz extra für die Konferenz stark ausgebaut, und zwar in Form von acht zusätzlichen Glasfaserkabeln von 90 km Länge zwischen Huairou und Beijing. Für diese Dienste standen dem Forum 2.500 Telefone und 70 Faxgeräte zur Verfügung. (XNA, 8.9.95) In Huairou waren die Teilnehmerinnen in 32 Hotels und 60 Apartmenthäusern untergebracht (XNA, 10.9.95). Die Gesamtausgaben der chinesischen Regierung für die Konferenz beliefen sich auf 250 Mio. Yuan. Davon wurden gut 100 Mio. Yuan direkt für die Konferenz aufgewendet, z.B. für Organisationsarbeit, Dienstleistungen für die Konferenz und die großen Aktivitäten, die für die Frauenkonferenz und das NGO-Forum organisiert worden waren. Etwa 150 Mio. Yuan wurden für den Ausbau der Infrastruktur ausgegeben, d.h. für Gebäude, Zelte, Straßen, Transport, Kommunikation und Sanitäranlagen. Diese Infrastruktur wird nach der Konferenz weiter genutzt. (XNA, 16.9.95)

Das Motto der Weltfrauenkonferenz lautete "Gleichheit, Entwicklung und Friede", das des NGO-Forums "Die Welt durch die Augen der Frauen betrachten". Auf dem NGO-Forum engagierten sich chinesische Frauen insbesondere in Themengruppen wie Umwelt (XNA, 2.9.95), weibliche Hochschullehrer und Studentinnen (XNA, 3.9.95) sowie Familienplanung. Hier forderten chinesische Expertinnen insbesondere eine stärkere Beteiligung der Männer an der Familienplanung in China (XNA, 3.9.95). Hervorzuheben ist die aktive Beteiligung verschiedener Frauengruppen ethnischer Minderheiten Chinas (XNA, 4.9.95), wobei die Tibeterinnen die meiste Aufmerksamkeit auf sich zogen. Im Zelt der tibetischen Frauen waren ausschließlich Tibeterinnen vertreten, die Beijing gegenüber loyal sind und die versuchten, ihre Position und die Lage Tibets gegenüber Angriffen von Ausländerseite und von Exiltibete-

rinnen als positiv herauszustellen (vgl. dazu XNA, 1., 3., 4., 5. und 6.9.95). Das Engagement der 5.000 chinesischen Teilnehmerinnen wird sich auf die Frauenbewegung in China ohne Frage positiv auswirken. Nie zuvor haben so viele chinesische Frauen Kontakte mit Frauen aus aller Welt aufnehmen und derartig vielseitige Diskussionen zur Frauenproblematik miterleben können.

Während auf der Eröffnungszeremonie des NGO-Forums Chen Muhua, Vizepräsidentin des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und zugleich Präsidentin des Chinesischen Frauenverbandes, sprach (XNA, 31.8.95), war auf der Eröffnungsveranstaltung der Weltfrauenkonferenz von chinesischer Seite viel Politprominenz vertreten. Neben Präsident Jiang Zemin, der die Eröffnungsrede hielt (Wortlaut in RMRB, 5.9.95, engl. Übers. in XNA, 5.9.95), waren mehrere hohe Staats- und Parteivertreter erschienen, so u.a. Li Ruihuan, Zhu Rongji, Hu Jintao und Rong Yiren. Peng Peiyun, Staatsrätin und Vorsitzende des Organisationskomitees der Konferenz, hatte das Präsidium inne. Ministerpräsident Li Peng gab am Abend des 4. September ein Bankett für die Ehrengäste der Konferenz (RMRB, 5.9.95). Die chinesische Führung wird die bei der Eröffnung verlesenen Grußworte des UN-Generalsekretärs Boutros-Ghali, der selbst nicht kommen konnte, mit Genugtuung vernommen haben. Darin hieß es u.a.: "Ohne die volle und aktive Unterstützung und Beteiligung Chinas können die Vereinten Nationen nicht als wirklich universales Forum handeln. Chinas Entschluß, für dieses große Ereignis im modernen Leben Gastgeber zu sein, ist ein Symbol für seine zukünftige Rolle in der Welt und für alle Nationen Asiens innerhalb der internationalen Gemeinschaft." (XNA, 5.9.95) Nicht ohne Stolz wurde von offizieller chinesischer Seite auch mehrfach betont, daß diese große Konferenz in Beijing im Jahre des 50. Geburtstages der Vereinten Nationen mit China als Gastgeber veranstaltet werde und daß China damit einen Beitrag für die internationale Gemeinschaft leiste (so z.B. im Leitartikel der RMRB am 5.9.95, S.2).

Als die beiden führenden Frauen der offiziellen chinesischen Delegation, die sich etwa zur Hälfte aus Kadern auf Ministerebene und zur Mehrzahl aus Frauen zusammensetzte (XNA, 12.9.95), traten die Vizepräsidentin des Nationalen Volkskongresses und Präsi-

dentin des Chinesischen Frauenverbandes Chen Muhua und die Staatsrätin und Ministerin für Familienplanung Peng Peiyun auf. Chen Muhua, Leiterin der chinesischen Delegation, wurde zur Präsidentin der vierten Weltfrauenkonferenz gewählt. In ihrer Rede am 4. September stellte sie fest, daß die 1985 in Nairobi beschlossenen Strategien zur Anhebung der Stellung der Frau noch nicht realisiert sind. Trotz aller Fortschritte gebe es weltweit immer noch erste Probleme zu bewältigen, wie Armut, Hunger, Analphabetentum, schlechte Gesundheitsvorsorge und Gewalt, von denen Frauen besonders betroffen seien (XNA, 5.9.95). Damit hatte sie die wichtigsten Probleme angesprochen, über die auf der Konferenz diskutiert wurde. Peng Peiyun ihrerseits wies in ihrer Rede vom 5. September (abgedruckt in RMRB, 6.9.95) darauf hin, daß die chinesische Regierung nach der dritten Weltfrauenkonferenz in Nairobi der Frauenfrage große Bedeutung beigemessen und sich um die Umsetzung der dort beschlossenen Strategien bemüht habe. So habe China eine ganze Reihe von Gesetzen und Verfügungen erlassen mit dem Ziel, die Rechte und Interessen der Frauen zu schützen. Die Fortschritte belegte sie mit einigen Zahlen:

Seit 1985 habe sich die weibliche Erwerbstätigkeit um 25% bzw. 114 Mio. erhöht. Millionen von Frauen hätten die Armut überwunden und seien wohlhabend geworden. Die Zahl der Analphabetinnen sei um 30 Mio. reduziert worden, und über 96% der Mädchen im schulpflichtigen Alter besuchten eine Schule. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen habe 72 Jahre erreicht, und Frauen seien in China gleichberechtigt. Trotz dieser Fortschritte gebe es allerdings noch viele Probleme, und es müßten weiterhin große Anstrengungen unternommen werden. Für die weitere Arbeit habe die chinesische Regierung ein "Programm für die Entwicklung von Chinas Frauen (1995-2000)" aufgestellt, das folgende Maßnahmen vorsehe: Die volle Beteiligung der Frauen an der wirtschaftlichen Entwicklung solle dadurch gewährleistet werden, daß der Staat Programme für die berufliche Tätigkeit der Frauen aufstellt, z.B. Beschäftigung von Frauen auf allen Gebieten, mehr Arbeitsplätze für Frauen, vermehrte berufliche Bildung und angemessene Entlohnung, Arbeitsschutz, soziale Sicherheit und Erleichterungen bei der Hausarbeit. Besondere Hilfe solle Frauen in Armutsgebieten zuteil werden. Weitere

Schwerpunkte seien Frauenbildung, verbesserter Gesundheitsschutz, Schutz der Rechte und Interessen der Frauen, zunehmende Teilnahme am politischen Leben und verbesserte Organisationen für Frauenarbeit. Das Programm für die Jahre 1995-2000 war erst kurz vor der Frauenkonferenz erlassen worden (vgl. C.a., 1995/8, Ü 11), um Chinas Frauenpolitik vor dem internationalen Publikum in einem guten Licht erscheinen zu lassen.

Als Ergebnis der Weltfrauenkonferenz wurden am letzten Tag nach heftigen und schwierigen Diskussionen zwei Dokumente verabschiedet, die kürzere "Beijinger Erklärung" (*Beijing xuan-yan*) und die ausführliche "Aktionsplattform" (*Xingdong gangling*). Der Wortlaut der "Beijinger Erklärung" wurde in RMRB veröffentlicht, eine englische Übersetzung in XNA, jeweils am 16.9.95. In denselben Quellen gleichen Datums wurde auch die "Aktionsplattform", die insgesamt 150 Seiten bzw. 100.000 Schriftzeichen umfaßt, in Auszügen abgedruckt.

In der aus 38 Punkten bestehenden "Beijinger Erklärung" bringen die beteiligten Regierungen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, im Interesse der gesamten Menschheit die Ziele Gleichheit, Entwicklung und Frieden für die Frauen in aller Welt herbeizuführen. In ihr werden ebenso wie in der Plattform Frauen- und Mädchenrechte als Teil der Menschenrechte und Grundfreiheiten angesehen. Jegliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen wird verurteilt, Zugang zu Bildung und Macht, völlige Gleichstellung und Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Frieden werden gefordert. Beide Dokumente enthalten zudem Absichtserklärungen der Regierungen, sich für die Umsetzung der Aktionsplattform in ihren Ländern einzusetzen und die Geschlechtsperspektive in der Politik und in allen Programmen zu berücksichtigen. Die Dokumente haben zwar keine bindende Wirkung, doch was China anbelangt, so erklärte der Sprecher des Außenministeriums Chen Jian, die chinesische Regierung werde die Beijinger Erklärung und die Aktionsplattform gewissenhaft in die Wirklichkeit umsetzen (RMRB, XNA, 20.9.95), und auch Peng Peiyun erklärte, China werde seine auf der Konferenz eingegangenen Verpflichtungen erfüllen (XNA, 16.9.95).

Fragen wir uns, ob China tatsächlich alle in den beiden Dokumenten erhobenen Forderungen unterschreiben kann,

so läßt sich feststellen, daß wesentliche Punkte bereits in dem Anfang August 1995 veröffentlichten Programm für die Entwicklung der Frau in China für die Jahre 1995-2000 enthalten sind. Auch in anderen, in den vergangenen drei Jahren herausgebrachten Dokumenten zur Frauenpolitik, wie dem Gesetz zum Schutz der Rechte und Interessen der Frau vom April 1992, dem Weißbuch vom Juni 1994 und dem Frauenbericht über die Verwirklichung der in Nairobi beschlossenen Strategien vom Oktober 1994, werden die wichtigsten Punkte angesprochen. Es ist nicht zu leugnen, daß die chinesische Regierung sich in den letzten Jahren verstärkt der Frauenpolitik angenommen hat; allerdings ist ebensowenig zu leugnen, daß die Umsetzung der Forderungen zur Gleichstellung der Frau in der Praxis nach wie vor unzureichend ist. Konkret müssen im chinesischen Kontext zwei kritische Punkte hervorgehoben werden, und zwar Diskriminierung von Mädchen und Fortpflanzungsrechte. Dem ersten Punkt sind in der Aktionsplattform allein fünf Seiten gewidmet. Dort werden u.a. Pläne und Programme gefordert, die das Überleben von Mädchen sichern sollen. Nun ist es in China, vor allem auf dem Lande, bekanntlich weitverbreitete Praxis, weibliche Föten abzutreiben und weibliche Neugeborene zu töten oder auszusetzen. Es muß betont werden, daß solche Praktiken in China offiziell verboten sind und die chinesische Regierung alles daran setzt, sie zu unterbinden. Insofern steht die Regierung voll hinter den entsprechenden Passagen.

Etwas anders verhält es sich mit den Fortpflanzungsrechten. Sie sollten in der Aktionsplattform in Zusammenhang mit den "sexuellen Rechten" abgehandelt werden, ein Begriff, der aufgrund von Einsprüchen konservativer Staaten wie dem Vatikan und einigen islamischen Ländern in dem schließlich verabschiedeten Dokument nicht mehr auftaucht. Die Inhalte sind aber erhalten geblieben, und zwar wird hinsichtlich der Fortpflanzung bestätigt, daß jedes Paar und Individuum das Recht habe, frei über Anzahl und Zeitabstand von Kindern zu entscheiden; außerdem werden Zwangsabtreibungen und -sterilisationen verurteilt (SCMP, 16.9.95; FT, 17.9.95; FAZ, 11. u. 16.9.95). Obwohl diese Passagen eine Herausforderung für die Ein-Kind-Politik Chinas bedeuten, hat die chinesische Delegation sie akzeptiert. Dies bedeutet allerdings nicht, daß China seine Familienplanungspolitik lockern wird. Ganz im

Gegenteil: Von offizieller chinesischer Seite verlautete, China lasse sich nicht in seine Politik hereinreden und halte an der strikten Geburtenkontrolle fest (SCMP, 15.9.95; SZ, 12.9.95). Dabei kann sich China sogar auf die Aktionsplattform berufen, denn diese enthält die Klausel, daß ihre Verwirklichung in der souveränen Verantwortung der einzelnen Staaten liege. Im übrigen wurde auch auf dieser Konferenz argumentiert, Zwangsabtreibungen gehörten nicht zur Politik der chinesischen Regierung. Der offizielle Standpunkt lautet, daß Abtreibungen und Sterilisationen auf freiwilliger Basis erfolgen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die chinesische Presse die diesbezüglichen Passagen in der Zusammenfassung der Aktionsplattform nicht erwähnte, woraus ebenfalls hervorgeht, daß sich die chinesische Regierung hinsichtlich ihrer Geburtenregelungspolitik nicht durch die auf der Frauenkonferenz geäußerte Kritik beeinflussen läßt.

Es wäre allerdings verfehlt, wollte man Fortschritte für die chinesischen Frauen allein an der Frage der Familienplanung aufhängen. In dieser Hinsicht waren von der Konferenz von vornherein keine Verbesserungen zu erwarten. Dennoch ist die Bedeutung der Weltfrauenkonferenz und insbesondere die Tatsache, daß diese in Beijing stattfand, für die gesamte chinesische Frauenbewegung nicht hoch genug einzuschätzen. Wie nie zuvor wurde der Frauenfrage in den letzten zwei bis drei Jahren im Zuge der Vorbereitungen auf die Konferenz in der Öffentlichkeit herausragende Beachtung geschenkt. Je näher die Konferenz rückte, desto stärker rückte das Frauenthema in den Medien in den Vordergrund. Auch die Regierung hatte durch die Verabschiedung der verschiedenen obenerwähnten Dokumente zu Frauenfragen in angemessener Weise Vorarbeit für die Konferenz geleistet. Es ist nicht zu übersehen, daß das Thema Frau in der breiten chinesischen Öffentlichkeit inzwischen einen hohen Stellenwert einnimmt. Sicherlich wird die Intensität der Beschäftigung mit dem Thema zumindest in den Medien abnehmen, doch in den zahllosen Frauenorganisationen und Frauenforschungszentren wird über die auf der Konferenz behandelten Fragen zweifellos weiter diskutiert werden. Denn ein ebenfalls wichtiges Ergebnis der Frauenkonferenz ist es, daß in Beijing und Huairou eine ungleich größere Zahl chinesischer Frauen aktiv an den Veranstaltungen teilnehmen konnte, als dies der Fall gewesen wäre, wenn die Kon-

ferenz in einem anderen Land stattgefunden hätte. Auf diese Weise sind Tausende von Chinesinnen mit Frauenproblemen anderer Länder und Kontinente konfrontiert worden, und die Kenntnis davon wird nicht ohne Einfluß auf ihre Sichtweise bleiben, wenngleich sie an ihrer spezifisch chinesischen Variante des Feminismus festhalten dürften. Als nicht weniger bedeutsam sind die Kontakte zu Frauen und Frauengruppen anderer Länder und die Einbindung in internationale Kommunikationsnetze für Frauen einzuschätzen. Sie werden dafür sorgen, daß die chinesischen Frauen selbstbewußt ihren Weg zur vollen Gleichberechtigung fortsetzen werden. -st-

*(18)

Wissenschaft und Technologie in Shanghai

Shanghai hat kürzlich seinen Plan für Wissenschaft und Technik für die Planperiode 1996-2000 aufgestellt. Die Schwerpunkte liegen auf Informationstechnologie, Biotechnik, Fertigungstechniken, neuen Materialien und Umweltschutz. Auf dem Gebiet der Informationstechnologie gibt es Projekte für den Ausbau Shanghais zu einem nationalen Informationszentrum und zu einem Zentrum für elektronisches Geld. Außerdem sollen elektronische Datenbanken für Informationen zu Wissenschaft, Finanzwesen und Wirtschaft errichtet werden, die vor allem der Wirtschaft dienen sollen. Die Stadt will sich auch um die schnellere Entwicklung der Mikroelektronik sowie die allgemeine Verbreitung von PCs bemühen. In der Biotechnik soll die Gentechnologie gefördert werden. Die Versuche sollen in erster Linie der Medizin, aber auch der Landwirtschaft, der Lebensmittel- und chemischen Industrie sowie dem Umweltschutz zugute kommen. Computer sollen vorrangig in den örtlichen Schlüsselindustrien zur Anwendung gelangen, damit deren Produktionskapazität gesteigert werden kann, einschließlich computergestütztem Entwerfen und Produzieren und computerintegrierten Fertigungssystemen. Die Entwicklung neuer Materialien soll ebenfalls den örtlichen Schlüsselindustrien dienen. In den Betrieben der Stadt wird die saubere Produktion gefördert, um die Umweltverschmutzung zu reduzieren. Auf diesem Gebiet soll vor allem die Abgas- und Abwasserkontrolle verschärft werden. (XNA, 1.9.95)

In maoistischer Zeit zählte Shanghai zu den wichtigsten Industriebasen Chinas. Seine industrielle Infrastruktur erwies sich aber seit Beginn der Reformperiode zunehmend als veraltet. So waren andere Städte, bei denen die industrielle Entwicklung weniger vorangeschritten war, wie z.B. Guangzhou, in gewisser Hinsicht im Vorteil, weil sie nicht durch Altlasten behindert waren und gleich an den Ausbau moderner Industrien gehen konnten. Shanghai ist es im Verlaufe des letzten Jahrzehnts gelungen, durch intensive Förderung neuer Wissenschaften und High-Tech-Forschung den Anschluß an moderne Industrien zu finden. Im nationalen Wettbewerb um die Konzentration möglichst vieler wissenschaftlich-technologischer Bildungs- und Forschungsstätten und entsprechender Unternehmen, die die Forschungsergebnisse in die Praxis umsetzen und vermarkten, steht Shanghai heute führend da. So hat die China Gaoke Corporation Group, die 1992 von 174 Hochschulen und Universitäten des ganzen Landes gegründet wurde, ihren Sitz in Shanghai. Diese Gruppe setzt einen großen Teil der von den Universitäten und Hochschulen entwickelten Forschungsergebnisse in die Praxis um. In den vergangenen drei Jahren erwirtschaftete die Gruppe mit ihren 24 Zweigunternehmen 1,05 Mio. (1992), 9,87 Mio. (1993) bzw. 17,6 Mio. Yuan (1994) Gewinn. Für dieses Jahr wird mit einer Summe von 27 Mio. Yuan gerechnet. Um die Anwendung der High-Tech-Forschungsergebnisse zu beschleunigen, hat die Gruppe in Pudong einen Technologiemarkt errichtet und ist dabei, in der Shanghaier Exportzone Jinjiao eine Industriestadt zu bauen. Ein beträchtlicher Teil der Produkte wurde auf dem Gebiet der Biotechnologie entwickelt. (XNA, 18.9.95) -st-

*(19)

Hochschullehrer nach Taiwan

Das Bildungsministerium in Taiwan hat kürzlich eine Vorlage verabschiedet, derzufolge sich Hochschullehrer vom Festland, die auf bestimmten Gebieten spezialisiert sind, um Gastvorlesungen an Universitäten auf Taiwan bewerben können. Die Bewerber müssen auf Gebieten qualifiziert sein, die auf Taiwan selten zu finden sind oder bei denen großer Bedarf herrscht. Dazu gehören z.B. Volkskunde oder Volkskunst. Eingeladen werden können auch Festländer, die Auszeichnungen von anerkannten akademischen, kulturellen, künstlerischen und Sportorganisationen erhalten

haben oder die bei internationalen oder festländischen Wettbewerben ausgezeichnet wurden. Einladungen können nur von Universitäten, Hochschulen oder wissenschaftlichen Institutionen ausgesprochen werden. Der Aufenthalt auf Taiwan soll auf vier Monate begrenzt sein, kann jedoch auf bis zu einem Jahr verlängert werden. Die ersten Einladungen sollen zum nächsten Frühjahr ergehen. (Central News Agency, Taipei, 28.9.95, nach SWB, 30.9.95)

Mit Realisierung des Planes würden zum erstenmal Lehrkräfte aus der Volksrepublik China auf taiwanesischen Universitäten und Hochschulen unterrichten. Damit würden die zahlreichen kulturellen Kontakte zwischen dem Festland und Taiwan, die alle unterhalb der Regierungsebene stattfinden, um eine wichtige Komponente erweitert. Daß das Interesse Taiwans an Fächern wie Volkskunde und Volkskunst so groß ist, erklärt sich aus der Tatsache, daß taiwanesischer Wissenschaftler mangels Gelegenheit zu Feldforschung bzw. Kenntnis der festländischen Entwicklung aus eigener Anschauung praktisch von der Forschung auf dem Festland abgeschnitten waren. -st-

Außenwirtschaft

*(20)

Erfolg multinationaler Unternehmen widerspricht den "China-Mythen"

Eine Studie der Andersen Consulting untersucht am Beispiel von 75 multinationalen Unternehmen, die in China operieren, welches die wesentlichen Gründe für den Erfolg oder Mißerfolg dieser Unternehmen ist. Die Studie widerspricht der üblichen Einschätzung, daß es für China besonderer Geschäftspraktiken bedürfe. Vielmehr zeige das Beispiel der untersuchten Unternehmen, daß die Konzentration auf die Unternehmensvision und -strategie, auf Personal- und Beschäftigungsfragen, Kostenkontrolle, Produktqualität und Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zum inländischen Partner von entscheidender Bedeutung waren, also im wesentlichen Aspekte, die auch in anderen Kulturräumen den Erfolg gesichert haben.

Zwei Drittel der untersuchten Unternehmen haben in den letzten Jahren Gewinne erzielen können. Fast der Hälfte

dieser Unternehmen gelang es, bereits zwei Jahre nach Gründung eines Unternehmens in China, in die Gewinnzone zu kommen. Allerdings seien die Gewinne im Durchschnitt deutlich niedriger als in den Industrieländern und in anderen Entwicklungsländern. (FT, 22.9.95)

Die Studie macht einem Bericht der *South China Morning Post* vom 22.9.95 zufolge auch deutlich, was die erfolgreichen von den weniger erfolgreichen multinationalen Unternehmen unterscheidet. Im wesentlichen seien dies aktive chinesische Partner, effektive lokale Manager, kulturell aufgeschlossene Auslandsexperten und eine funktionierende Partnerschaft mit dem Inlandsunternehmen. Von den Joint Venture-Unternehmen, die Gewinne aufweisen, berichteten rund die Hälfte, daß sie Schwierigkeiten bei der Eintreibung ihrer Außenstände hätten. Dieser Anteil war mit 73% deutlich höher in den Unternehmen, die bisher noch nicht in die Gewinnzone gekommen waren.

Joint Venture-Unternehmen, vor allem solche mit einem starken inländischen Partner, sind der Studie nach erfolgreicher als Unternehmen mit 100%igem Auslandsanteil. Diejenigen multinationalen Unternehmen, die besonders erfolgreich sind, haben einen Unternehmensanteil von 54%, während weniger erfolgreiche Unternehmen einen Anteil von 68% aufweisen. (AWSJ, 16.9.95)

Die wichtigsten Faktoren, die Einfluß auf die Gewinnmöglichkeiten haben, sind dem Andersen Consulting nach jedoch vom Unternehmen beeinflusst- und auch handhabbar. Aufgrund der Untersuchungsergebnisse schlägt die Studie vor, mit einer Reihe von Mythen im Chinageschäft aufzuräumen, die noch immer die Unternehmensentscheidungen beeinflussen würden. Dazu zählten:

- Die Annahme, daß der chinesische Markt aus 1,2 Mrd. Konsumenten bestehe. Dies sei nicht der Fall, sondern lediglich ein geringer Teil der Bevölkerung würde in der Lage sein, ausländische Produkte zu kaufen. Noch 72% der Bevölkerung lebe in den ländlichen Gebieten und würde von 1.000 Yuan im Jahr und weniger leben müssen.

- Die Annahme, daß es sich bei China um einen einzigartigen Markt handele. Sicherlich gebe es Unterschiede, doch seien diese lediglich gradueller Natur. Unternehmen, die aufgrund dieser "Einzigartigkeit" ihre Unternehmensvi-